

Nr. 45. Mittag-Ausgabe.

Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Krewendt.

Sonntags, den 27. Januar 1877.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 26. Januar).
12 Uhr. Am Minister Leonhardt, später Camphausen, die Geh. Räthe Rindfleisch, Rüdorff, Rhode, Rötger, Starke und zahlreiche andere Commissarien.

Die Commission zur Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Regulirung des standesherrlichen Rechts zu standes des fürstlichen Hauses zu Bentheim-Tedlenburg ist gewählt und hat sich constituit: Hammacher, Vorlichender, Worzewski, Stellvertreter, Gadow und Ewers, Schriftführer.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Berathung den Gesetzentwurf, betreffend die nach dem Gesetz über das Kostenwesen in Auseinanderziehungssachen zu gewährenden Tagegelder, Reisekosten und Feldzulagen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten.

Im § 1 sind die Vergütungssätze für die verschiedenen Rangklassen der Staatsbeamten fixirt und dabei die Beamten der 4. und 5. Rangklasse getrennt, indem für erstere 500 Mark, für letztere 300 Mark allgemeine Kosten festgesetzt sind.

Abg. Schröder (Königsberg) beantragt, die Beamten der 5. Rangklasse denen der 4. gleichzustellen. Wenn es sich bei diesem Gesetz um die Regelung der Rangverhältnisse überhaupt handelt, so würde er hier keinen neuen Antrag einbringen, weil es augenblicklich nicht an der Zeit ist, einzutragen in dieser Beziehung vorzugehen; aber es handelt sich hier lediglich um eine Entschädigung für baare Auslagen, welche die Beamten gemacht haben und da kann kein Zweifel darüber sein, daß man sich hierbei nach dem wirklichen Leben richten muß und nicht nach einer schablonenhaften Aufstellung der alten Rangverhältnistheorie. Als Grunde für die Beibehaltung der fünften Klasse führt die Regierung an, daß die Beamten, welche zu dieser gehörten, meistens junge Leute seien; das ist aber durchaus nicht der Fall, denn sonst müßte man Oberförster, etatmäßige Oberlehrer und Richter für immer zu den jüngeren Beamten zählen. Als weiteren Grund bringt man vor, daß die Reichsgesetzgebung auch nicht anders vorgegangen wäre; aber diese hat keinen so verweigten Beamtenmechanismus vor sich, und in Elsaß-Lothringen z. B. ist man ganz anders vorgegangen. Auch der Hinweis auf die dann nördlichen Umänderungen im Militär, besonders bei den Hauptleuten, kann mich nicht abhalten, für eine gerechte Regelung einzutreten.

Regierungscommissar Geheimrath Rüdorff: Ich kann Sie nur bitten, das Gesetz unverändert anzunehmen. Es besteht eine vollständige Analogie mit den Reichsbeamten und wenn man Differenzen eintreten ließe, so würden bedenkliche Consequenzen, sowohl für die Militär- wie für die Civilverhältnisse eintreten. Wenn man auf Elsaß-Lothringen hinweist, so besteht da ein ganz exceptioneller Zustand, auf dem man für unsere Verhältnisse kaum exemplifizieren kann. Was die materielle Seite anbetrifft, so entspricht die Regierungsvorlage in Bezug auf diesen Punkt im Allgemeinen den realen Verhältnissen und ich kann Sie nur im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes bitten, den Antrag abzulehnen; versagen Sie nicht die Vortheile derselben einer ganzen Reihe von Beamten, um sie einzeln zu verschaffen.

Abg. Wachler (Schweidnitz): Ich kann der Regierung nicht zugeben, daß in der fünften Rangklasse nur jüngere Beamte vertreten seien, aber trotzdem muß ich mich gegen den Antrag des Abg. Schröder erklären, sowohl aus finanziellen wie aus taktischen Gründen, aus finanziellen, weil eine zu große Differenz zwischen der vereinigten neunten Klasse und den unteren eintreten würde, und weil wir zugleich mit derselben eine große Veränderung in Bezug auf die Militärgehalter zu erwarten haben würden; aus taktischen, weil sowohl die Budgetcommission, wie das Herrenhaus und eben so die Regierung sich gegen diese Aenderung ausgesprochen haben, und weil ich nicht wünsche, daß später wieder ein Compromiß abgeschlossen werde. Ich lege das große Gewicht darauf, daß das Haus in Bezug auf den § 5 bei den Beschlüssen des Vorjahres stehen bleibe.

Abg. Schröder (Königsberg): Was der Abgeordnete Wachler für den § fordert, dagegen aus taktischen Gründen bei § 1 fallen lassen will, könnte er doch eben so gut bei diesem Paragraphen aufrecht halten, denn diesem Antrag hat das Haus auch im vorigen Jahre zugestimmt. Was dagegen die finanziellen Bedenken anlangt, so dürfen uns diese nicht abhalten.

Der Antrag Schröder wird hierauf mit 192 gegen 105 Stimmen angenommen; eben so die §§ 1—4.

§ 5 lautet: „Eine Vergütung für Umzugskosten findet nicht statt, wenn die Verleihung lediglich auf den Antrag des Beamten erfolgt.“

Abg. Schröder (Königsberg) beantragt, den Paragraphen zu streichen.

Abg. Wachler (Schweidnitz): Der § 5 enthält eine außerordentliche Härte gegen eine ganze Reihe von Beamten, namentlich gegen die Justizbeamten, denn diese meistens sind es, bei denen Versezung auf Antrag eintritt. Schön durch § 3 geschieht der Verwaltungsbamten eine Vergütung gegenüber den Justizbeamten in Bezug auf die Diäten, aber das kann ich nicht gestatten, daß diesen lehren eine offensche Ungerechtigkeit zu Theil werde. Wenn ich nun auch zugebe, daß gegenüber dem strengen Vorbehalt des Grafen zur Lippe durch den jetzigen Minister eine bedeutend mildere Praxis eingeführt ist, so muß ich doch darauf hinweisen, daß für das Justizministerium in Bezug auf diesen Punkt nur 135,000 Mark aufgelegt sind, während bei den andern Ministerien hierfür viel mehr auf dem Etat steht. Vor zwei Jahren belief sich die Summe wenigstens noch auf 16,000 Mark höher, und trotzdem wurde eine Mehrausgabe von 80,000 M. gemacht, allerding meistens für höhere Beamte. Man läßt sich ja nicht gern oft verzeihen, aber einmal tritt doch das Bedürfnis für den Beamten ein, in einer größeren Stadt zu wohnen, wo er seine Söhne und Töchter auf eine höhere Schule schicken kann. Sie fördern nur den Dienst, wenn Sie ihm hier den Wunsch gewähren und dadurch seine Freudekeit für den Dienst vermehren. (Beifall.)

Justizminister Dr. Leonhardt: Ich will sehr gern dem Vorredner zugehören, daß unter meiner Verwaltung eine mildere Praxis im Bezug auf die vorliegende Frage eingetreten ist, das aber kann ich nicht zugeben, daß die Reisekosten besonders den höheren Beamten zu Gute kämen. Unter meinen Vorgängern bestand die Sitte, nur denjenigen von den Justizbeamten zu befördern, der das Gesuch dazu eintritt. Ich hielt dies System nicht für richtig, sondern führte es durch, daß auf Aneinnahme und Verdienst Rücksicht genommen wurde. Da ich jedoch Richter nicht gegen ihren Wunsch befördern konnte, so hatte ich solche Beamte stets zunächst um ihre Zustimmung zu erfragen und bezahenden Fällen erhielten diejenigen natürlich Reisegelder. Wenn der Abg. Wachler dies System für nicht richtig hält, so kann er mir den vorhin ausgesprochenen Vorwurf machen, aber ich glaube, es ist doch gewiß richtiger als jenes, bei welchem nur diejenigen Beamten für die Beförderung berücksichtigt wurden, welche die schrieben und Eingaben machten.

Abg. Schröder (Königsberg): Ich kann ebenfalls die jetzige milde Praxis anerkennen, aber der Justizminister selbst hat ja hergehoben, daß es früher anders war. Nun ist doch dem Parlament sein Justizminister für ewige Zeiten garantiiert, und was einer vorher hat, kann ja doch auch einer wiederum nachher thun. Wenn ein Mann sich, so zu sagen, für sein ganzes Leben dem Staate verschreibt, so ist es doch nur billig, wenn auch teilweise auf seine individuellen Wünsche Rücksicht genommen wird. Es wird dadurch dem Staate kein Schaden erwachsen, und ich bitte Sie deshalb, den Paragraphen zu streichen.

Abg. Löwenstein: Es handelt sich hier lediglich darum, ob man die Remunerationen, welche gestern so verdammt worden sind, für diese Beamten fortbestehen lassen will oder nicht; denn anderes sind diese Reisegehalter nach der Debitbarkeit des Paragraphen nicht. Als ich bei meiner ersten Beratung den obersten Kassenrentanten fragte, ob ich wohl Reisegehalter zu erwarten hätte, sagte er mir, daß er trotz fünfzehnjähriger Amtsähnlichkeit nicht bei einem einzelnen Falle auch nur mit annähernder Sicherheit voraussagen

könne, ob die Gewährung erfolgen werde oder nicht. (Heiterkeit.) Also eine solche Willkür herrschte damals; wer in das sich auch geändert hat, so ist es doch nötig, hier eine Sicherung zu schaffen, denn wir machen doch unsere Gefahr nicht für einen Justizminister.

Der Antrag Schröder wird einstimmig angenommen; ebenso ohne Discussion die §§ 6—11.

§ 12 lautet: Die besonderen Vorschriften, welche für einzelne Dienstzweige bezüglich der den Beamten aus der Staatsfalle zu gewährenden Umzugskosten ergangen sind, bleiben vorläufig in Kraft. Eine Abänderung derselben kann im Wege königlicher Verordnung erfolgen. Die in diesem Gesetz bestimmten Sätze dürfen jedoch nicht überschritten werden.

Abg. Graf Limburg-Stirum beantragt hierfür folgenden Zusatz: Die Sätze für Gesandtschaftsbeamte können jedoch nach Maßgabe derjenigen Beträge festgesetzt werden, welche für die entsprechenden Beamtenklassen in der auf Grund des § 18 des Reichsgesetzes vom 31. März 1873 zu erlassenden kaiserlichen Verordnung bestimmt werden.

Der Antrag gestellt weiß darauf hin, daß ohne diesen Zusatz eine große Ungleichmäßigkeit zwischen den preußischen und den Reichsgehandelsbeamten eintreten werde; es sei nötig, Einheit herbeizuführen.

Regierungscommissar, Geheimrath Rüdorff erklärt sich Namens der Staatsregierung mit dem Antrag einverstanden und wird darauf der Antrag angenommen und mit ihm § 12.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung des Justiz-Etats.

Zu Cap. 82 „Friedens- und Handelsgerichte des Departements Köln“ beklagt sich Abg. Rüdorff über den dringend empfundene Notstand des schleppten Geschäftsganges bei dem Appellhof und dem Handelsgericht zu Köln. Es sei jetzt soweit gekommen, daß viele Klagen einfach deshalb nicht angestrengt würden, weil es oft bis zu 3 Jahren dauere, ehe die einfache Sache zum Austrage komme.

Justizminister Leonhardt kann nicht zugeben, daß es mit dieser Sache so schlimm sei, glaubt vielmehr, daß der Vorredner übertriebe. Wäre das nicht der Fall, so würde der Uebelstand doch wohl ähnlich zu seiner Kenntnis gelangt sein.

Abg. Rüdorff muß sich entschieden gegen die Supposition verwahren, daß er übertriebe. Er spreche aus genauer Kenntnis der Sache und denkt, es sei die Pflicht des Justizministers, für eine prompte und rasche Justiz im Lande zu sorgen.

Justizminister Leonhardt: Daran, daß ich diese Pflicht habe, kann gewiß kein Zweifel sein; es hat aber doch diese prompte Justizpflege immer ihre natürliche Begrenzung, datt z. B., wenn das dem Justizminister zur Disposition stehende Personal es nicht ermöglicht, daß die Rechtspflege an jedem Orte so rasch ist, als sie sein sollte. In dieser Lage befindet ich mich aber, wie Ihnen bekannt sein wird, noch immer. — Die Position wird genommen.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben rügt Abg. Stein gel die Geringfügigkeit der in dem diesjährigen Etat ausgeworfenen Summen für die Errichtung und Aufbesserung von Gerichtsgebäuden. Es sei kein einziger Neubau in Ansatz gebracht worden, obwohl allgemein bekannt sei, in wie erbärmlichem Zustande sich eine große Zahl von Gerichtsgebäuden befindet. Vielfach seien die allerwichtigsten Documente, wie Grundbücher, Handelsregister und Testamente nicht einmal genügend vor Beschädigung durch Feuersgefahr geschützt.

Regierungscommissar Geh. Rath Starke: Die Regierung hat gewiß das lebhafte Interesse, diesem, auch von ihr anerkannten, Uebelstande Abhilfe zu gewähren. Wenn in diesem Jahre nur verhältnismäßig geringe Summen für die Errichtung und Aufbesserung von Gerichtsgebäuden. Es sei kein einziger Neubau in Ansatz gebracht worden, obwohl allgemein bekannt sei, daß seitens der Finanzverwaltung keinem der Ministerien ähnliche Summen für das Extraordinarium wie in den früheren Jahren in Aussicht gestellt werden konnten, daß deshalb die äußerste Beschränkung nothwendig erschien.

Abg. Hammacher: Es wird vielen Mitgliedern des Hauses bekannt sein, daß vor zwei Jahren die Regierung in einem Nachtragsetat für die Herstellung eines neuen Criminaljustiz-Gebäudes in Berlin von uns einen Credit von 225,000 Mark forderte, den das Haus in Rücksicht auf die große Dringlichkeit des Bedürfnisses bewilligte. Im vorigen Jahre wurde zum gleichen Zwecke eine ferne Rate von 475,000 Mark bewilligt nach einer lebhaften Debatte, in welcher die unglaublich erbärmlichen und der Residenzstadt Berlin ganz unwürdigen Zustände, wie sie die Räumlichkeiten des gegenwärtigen Berliner Criminalgerichts darbieten, geschildert wurden. Für diese beiden bewilligten Geldstrafen ist bisher weiter nichts geschoben, als daß zu einem dem Fiscus gehörigen Grundstück ein benachbartes Privatgrundstück hinzugekauft sei soll, und daß auf dem ersten Grundstück eine große Menge von Ziegelsteinen aufgefunden sind. Begonnen ist der Bau noch in keiner Weise, und der diesjährige Etat schweigt ganz und gar darüber. Eine Auflösung darüber, weshalb mit dem Bau nicht vorgegangen wird, wäre sehr wünschenswerth.

Regierungs-Commissar Geheimer Rath Scholz: Der Grund, weshalb der diesjährige Etat keine weitere Forderung für diesen Zweck enthält, liegt allein in der Schwierigkeit der Baugrundstückverhältnisse, die Verhandlungen wegen Aufbaus des Ergänzungsetats haben noch immer nicht zum Abschluß gebracht werden können. Ich kann indes versichern, daß von der Regierung Alles gethan werden wird, um die erste Rate zur Ausführung des Baues auf den nächsthjährigen Etat zu bringen.

Abg. Dr. Eberly: Der vorige Etat enthielt eine Position von 470,000 Mark zum Neubau eines Geschäftshaus des Stadtgerichts in Berlin für die Unterhaltungssachen und zugleich zum Neubau eines Untersuchungsgefängnisses für dasselbe. In dem diesjährigen Etat aber kommt diese Position gar nicht mehr vor. Und doch sind diese Neubauten ein überaus dringendes Bedürfnis. Die jetzt vorhandenen Räume sind im höchsten Grade befränkt und gesundheitsgefährlich. Ich habe hier vorzüglich die Verhörsäume für Untersuchungsgefängnisse im Auge. Es fehlt in diesen Zimmern an Luft und Licht; und es gehört wirklich eine große Aufopferungsfähigkeit der Untersuchungsrichter bei dem hiesigen Stadtgericht dazu, um nicht zu verzagen. Für die königlichen Staatsanwaltschaft hat man schon geschafft. Man hat für sie ein einstweiliges Unterkommen gefunden. Es thut aber dringend noth, daß die Untersuchungsrichter eine gleiche Bequemlichkeit finden.

Die Positionen dieses Etats werden genehmigt.

Die Etats der Rente des Kronfideicommissonds, des Zuschlusses zur Rente des Kronfideicommissonds und der öffentlichen Schulden werden ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat der Domänenverwaltung (Einnahme Kap. 1, Tit. 3, Ertrag von Domänenverwerken 12,315,568 Mark) beklagt der Abgeordnete Krech den allzu hohen Bedarf, der für diese Domänen namentlich in Neuvorpommern gefordert werde, und der auf einer zu günstigen Schätzung der Ertragstätigkeit des dortigen Bodens basiert. Er fragt an, ob die Regierung mit Domänenparzellirungen wie bisher nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus wirtschaftlichen Rücksichten namentlich in Neuvorpommern fortfahren werde.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Dresler erwideret, daß eine grundlegende Aenderung der Politik in dieser Beziehung im Finanzministerium nicht eingetreten sei, daß aber in Rücksicht auf die ungünstigen Zeitverhältnisse die Domänenparzellirungen einstweilen stillstehen seien. Die Wiederaufnahme derselben werde von der Aenderung der Zeitverhältnisse abhängen.

Abg. Sombart betont, daß nach seiner Erfahrung, namentlich in der Provinz Sachsen, die Bewirthschaftung der Domänen durch Kleinbauern einen größeren Ertrag gebe, als die durch Großgrundbesitzer, bei welcher letzteren allerdings der Bruttoertrag größer, der Reinertrag aber kleiner sei, als bei den ersten, weil der kleine Bauer bei sparsamer Lebensweise mit seiner Person und seiner ganzen Familie arbeitend eintrete. Er tadelt daß die Domänen hauptsächlich als Finanzquelle benutzt werden; es sei deshalb nicht angezeigt, Bauern, welche mehr intensiv als extensiv zu wirtschaften pflegen, in die Striche von Neuvorpommern, in welchen der Bauernstand früher fast ausgerottet sei, anzusiedeln, weil man dabei nur ein Finanzinteresse, nicht aber ein Culturninteresse von Seiten der Regierung habe. Es

sei besser, diese Angelegenheiten ständem Finanzminister dem Landwirtschaftsminister zu unterstellen.

Abg. Witt betreitet, daß durch solche Maßregeln die landwirtschaftliche Calamität zu heben sei; es möge in den den Vorredner näher stehenden Landesbeziehen raschlich sein, so vorzugehen, in der Provinz Posen habe er die entgegengesetzte Erfahrung gemacht.

Geh. Rath Dresler erklärt, daß die Regierung bei neueren Parzellierungen unter Billigung der zugezogenen ökonomischen Sachverständigen so vorgegangen sei, wie sie es nach früheren Erfahrungen gut befunden habe. Die Vorschläge des Abg. Sombart, welche er in einer Proschrift über diese Materie gemacht habe, werde die Regierung bei künftigen Parzellierungen in Erwägung ziehen.

Die Discussion wird geschlossen und die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 4 (Ertrag von anderen Domänen-Grundstücken, Mühlen und Fischereien 4,838,549 Mark) bringt Abg. Frenzel zur Kenntnis des Hauses, daß der Geh. Rath Scholz in einer Zeitungs-Annonce alle Angaben, welche der Redner im vorigen Jahre über die unregelmäßige Geschäft- und Kassenführung des Seebades Cranz im Hause gemacht, für unwahr erklärt habe, und daß in einer daraus erhobenen Beleidigungsfrage gegen Scholz der Staatsanwalt die Nullage mit der Motivirung zurückgewiesen habe, daß für den Scholz nicht die amtlichen stenographischen Berichte, sondern die nicht ganz correcten Berichte in Zeitungen, zum Beispiel in der „Kreuzzeitung“ maßgebend gewesen seien. Es sei doch klar, daß er, der Redner, keine Mittheilungen an die „Kreuzzeitung“ mache.

Geheimer Rath Dresler erklärt, daß der Finanzminister die Rechnungen des Bades Cranz für die letzten zehn Jahre der Oberrechnungskammer zur Prüfung überwiesen habe. Ein Bericht hierüber stehe noch aus.

Die Position wird genehmigt.

Der Präsident bringt ein Dokumenten-Schreiben Sr. Igl. Hoheit des Prinzen Carl von Preußen für die Beleidsbezeichnungen, welche ihm durch das Präsidium im Namen des Hauses anlässlich des Hinscheidens seiner Gemahlin dargebracht seien, zur Kenntnis des Hauses.

Hierauf verläßt sich das Haus um 4½ Uhr bis Dienstag 11 Uhr (Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend Umzugskosten der Staatsbeamten und Fortsetzung der Staatsberathung.)

Berlin, 26. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reiches die von dem Bischof zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Hilfspfarrers Vincenz Joseph Los in Dachstein zum Pfarrer in Trudersheim, Bezirk Unter-Elsaß, genehmigt.

Se. Majestät der König hat den Gymnasial-Oberlehrer Professor Dr. Heinrich Stein in Ratibor zum Gymnasial-Director ernannt.

Dem Gymnasial-Director Dr. Heinrich Stein ist die Direction des Gymnasiums zu Glaz übertragen worden. — Der provisorische Vorsteher und erste Lehrer Broth an der Präparanden-Anstalt zu Trierlar ist als solcher definitiv angestellt worden.

Es sind verfestigt: der Kreis-Gerichts-Rath Sprunk in Goldap als Stadtgerichts-Rath an das Stadt-Gericht in Königsberg i. Pr., der Kreis-Gerichts-Rath Gens in Olszaleben als Stadt- und Kreis-Gerichts-Rath an das Stadt- und Kreis-Gericht in Magdeburg, der Kreisrichter Süller in Stolberg an die Gerichts-Commission Wippra (Kreis-Gerichtsbezirk Sangerhausen), der Kreisrichter Wenzel in Schmö

[Se. Kaiserliche und Königliche Höheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags mit kürzliche Meldungen entgegen.

Nachmittags 3 Uhr trafen die kronprinzipalischen Herrschaften die Ober-Hofmeisterin und die Hofdamen weiland Ihrer königl. Höheit der Prinzessin Carl, Gräfin von Schwanenfeld, Gräfin von der Schulenburg und Gräfin von Bünau. (Rächsan.)

○ Berlin, 26. Jan. [Prinz Carl.] — Die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. — Theilung der Provinz Preußen. — [Dementi.] Prinz Carl wird bis zum 2. Februar in Berlin bleiben und sich an diesem Tage nach Wiesbaden begeben, um bei seiner Tochter, der Landgräfin von Hessen, am 3. Februar den Geburtstag seiner verstorbenen Gemahlin in stiller Erinnerung zu begreifen. — Der Entwurf des Gesetzes über die Befähigung und Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst ist gestern dem Herrenhaus zugegangen. Wie schon mitgetheilt, ist Alles, worüber bereits in der vorigen Session eine Vereinbarung erzielt worden, beibehalten, in Bezug auf den bekannten Differenzpunkt aber in Betreff der Landräthe eine Vermittelung der sich gegenüber stehenden Meinungen angebahnt worden. Die einschlägigen Bestimmungen des neuen Entwurfs enthalten Folgendes: Es sind die Qualificationsbedingungen, wie sie für die zu präsentirenden Landrats-Candidaten vereinbart waren, jetzt für alle, auch die ohne Präsentation zu ernennenden Landräthe in Aussicht genommen, für alle Candidaten aber, die nicht die große Verwaltungsprüfung bestanden haben, die Bedingung des mindestens einjährigen Grundbesitzes oder Wohnsitzes im Kreise festgesetzt. Alle sonstigen Beschränkungen, mithin auch die Bestimmung der Kreisordnung, daß die Präsentation sich nur auf Grundbesitzer oder Amtsvorsteher des Kreises erstrecken können, sind aufgehoben. — In Folge neuer dringender Anträge auf eine Theilung der Provinz Preußen in zwei Provinzen ist diese Frage gegenwärtig zum Gegenstand eingehender Erwägungen innerhalb der Regierung gemacht worden und wird nächstens auch das Staatsministerium beschäftigen. — Die „K. 3.“ deutete gestern an, daß eine Änderung des Reichswahlsystems und eventuell die Errichtung einer zweiten Reichskammer in Erwägung genommen werde. Es mag sein, daß man in einigen Kreisen auf eine Abänderung des Wahlsystems Bedacht nimmt, die Einführung des Zweikammer-Systems aber dürfte sich schwerlich als empfehlenswert erweisen. Abgesehen davon, daß wir im Bundesrat schon so zu sagen eine andere Kammer bestehen, so wird man unter allen Umständen gewiß von einer weiteren Ausdehnung der schon jetzt kaum mehr zu bewältigenden parlamentarischen Thätigkeit absiehen müssen.

= Berlin, 26. Jan. [Aus dem Reichskanzleramt.] — Die Handelsverträge. — Das Zeughaus. — Höhere Unterrichtsanstalten für Mädchen. — Das Versicherungswesen. — Im Reichskanzleramt werden in nächster Zeit zwei neue Rathstellen zu besetzen sein, die eine durch Ernennung des Geh. Ober-Rat. Michaelis zum Director der neuen Finanzabteilung, und eine neue Stelle. Wie man hört, liegt es in der Absicht, eine handelspolitische Capacität heranzuziehen, doch scheint man über die Person noch nicht schlüssig. — Die jüngst von den Offiziellen verbreitete Mittheilung, daß die Vorverhandlungen über Handelsverträge nicht mehr wie früher durch den Vorsitzenden des Reichskanzleramts, sondern unter Beihaltung des Auswärtigen Amtes betrieben werden, ist sehr bemerkbar worden. Die Meldung bestätigt sich vollkommen, es handelt sich jedoch, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nicht um eine neue Maßregel, sondern um eine Anordnung, welche schon in der letzten Zeit der Umsetzung des Präsidenten Delbrück getroffen worden ist, und wie man vermutet, zu dem Rücktritt dieses Beamten beigetragen haben möchte. — Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses begann gestern Abend die Berathung über die Vorlage, betreffend den Umbau des Zeughäuses. Der Kriegsminister, General von Kameke, vertrat die Staatsregierung. Als Referenten fungirten die Abg. Dr. Wehrenpennig und v. Saucken-Tarpuschen. Der Referent verteidigte und empfahl die Vorlage. Der Correferent behielt sein Votum noch weiterer Informirung vor. Eine Bekämpfung der Vorlage erfolgte nur von Seiten der Centrumsmitglieder. Bedenken wurden von Freunden der Vorlage nur gegen den Kuppelbau und das Glasdach des Hoses hervorgebracht. Morgen soll die Berathung fortgesetzt und darauf vollendet werden. Allem Anschein nach wird die Annahme der Vorlage mit einigen Modificationen zur Erzielung von Ersparnissen an der geforderten Summe erfolgen. — In der Gruppe für den Cultus-Etat hat die Position für weibliche Bildungsanstalten, wobei man hauptsächlich wohl den Erfolg für die aufgelösten geistlichen Institute im Auge hatte, zu lebhaften Debatten geführt. Der Abg. Schläger hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag, in welchem er der Regierung anheim gab, in dem neuen Unterrichtsgesetze für die Ausbildung der Frauen zu selbstständigen Berufsarten Fürsorge tragen zu wollen. Für diese Theile des Etats wird es auch wohl in dieser Session zu neuer Entwicklung des Cultukampfes nicht fehlen. — In der Petitions-Commission findet eine Eingabe des Vereins der deutschen Versicherungsgesellschaften, an dessen Spitze der frühere Abgeordnete Justizial Leje sie steht, besondere Beachtung. Es handelt sich um die Aufhebung der bisherigen polizeilichen Beschränkungen bei den Feuerversicherungen. Das Referat über diese Petition haben die Abgeordneten Jacobi (Eignitz) und Meyer (Breslau) übernommen. Die Herren sind mit der Petition durchaus einverstanden und stützen sich namentlich auf den Vorgang Baierns in derselben Richtung; sie werden bei dieser Gelegenheit den ganzen Umfang der wünschenswerthen Fortschritte auf dem Gebiete des Versicherungswesens beleuchten und zum Gegenstand der Debatte machen.

[Die erste Post aus London] früh, den 25. d., hat den Anschluß an die Bahnpost Nr. 10 Berviers-Düsseldorf nicht erreicht. Grund: Ungünstiges Wetter zur Überfahrt von Doser nach Ostende. — Über das Bürgertum in der Armee] gestattet eine statistische Zusammenstellung aus der neuesten Rang- und Quartierliste folgendes anzuführen. Zunächst ist aus derselben ersichtlich, daß in der preußischen Armee die Anzahl der bürgerlichen Offiziere diejenige der Adligen erreicht, wenn nicht übertroffen. Anders gestaltet sich das Bild, wenn man das Verhältnis der adligen und der bürgerlichen Offiziere in den höheren Stellen einem Vergleich unterwirft. Unter den 1624 aufgeführten Generälen und Stabsoffizieren befinden sich 568 bürgerliche. Die 52 aufgeführten Generale zeigen ausschließlich adelige Namen, unter den 69 Generalleutnants befindet sich ein einziger, unter den 152 Generalmajors nur 20 bürgerliche. Unter den sämtlichen Armeecorps- und Divisionscommandeuren befindet sich nicht ein einziger Bürgerlicher. Unter den 95 Generalmajors, die Brigadecommandeure sind, zählen wir 19 Bürgerliche, unter den 236 Obersten, Ober-Lieutenants und Majors, die Regimentss-commandeure sind, deren Rang haben, sind 48 Bürgerliche und zwar nur 26 bei der Infanterie, nur 6 bei der Cavallerie und 16 bei der Artillerie. Von 1065 Oberstleutnants und Majors als Batallionscommandeure oder in deren Range und etatsmäßige Stabsoffiziere sind 466 Bürgerliche. Am auffälligsten gestaltet sich dies Verhältnis bei der vorzugsweise aristokratischen Waffe, der Cavallerie, wo sich unter 230 Generälen und höheren Stabsoffizieren nur 42 Bürgerliche befinden, und zwar 1 Generalleutnant, 2 Generalmajore, 7 Oberste, 5 Oberstleutnants und 27 Majors, dagegen sind von 257 Stabsoffizieren der Artillerie 177, also weit über die Hälfte, bürgerlich. Überhaupt verschließt sich bei dem mehr wissenschaftlichen Waffengattungen, der Artillerie und dem Ingenieurcorps, das Verhältnis ganz wesentlich. So kommen z. B. auf 19 Oberstleutnants von der Feldartillerie 9 Bürgerliche, auf 12 Oberstleutnants von der Fussartillerie gleichfalls 9 Bürgerliche, unter 182 Majors von der Feld- und Fussartillerie 134 Bürgerliche, unter 77 höhe-

ren Offizieren des Ingenieurcorps 53 Bürgerliche u. c. — Darüber, daß die Garde-Infanterie und -Cavallerie ein durchaus exclusives Corps ist, kann auch nach Durchschnitt der Rang- und Quartierliste gar kein Zweifel sein. Unter den circa 160 höheren Gardeoffizieren befinden sich nur 5 Bürgerliche und zwar ein Oberstleutnant (Unger, von den Gardeoffizieren) und 4 Majore. Bei einzelnen Garderegimentern findet sich sogar unter dem gesammelten Offiziercorps kein einziger bürgerliche Name. Dazu gehören: das 1. Garderegiment zu Fuß, die Gardejäger, die Gardekorps, die Garde-Kürassiere, die 1. und 2. Garde-Dragooner, die Garde-Husaren und die Garde-Ulanen.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 25. Januar. [Zittauer Reichstagwahl.] — Dr. Graue. — Dr. von Schwarze über die sociale und politische Bedeutung der Justizgesetze. — Hochadlige Schuldenmacher.] Die Zittauer Reichstagwahl, bei der sich der schwarzöllerisch gesinnte Fortschrittl. Fränkel im Zittau und der bisherige gemäßigt liberale Abgeordnete Rittergutsbesitzer Dr. Pfeiffer gegenüber standen, hat mit dem Siege Pfeiffer's geendet. Doch beträgt die Majorität nur einige hundert Stimmen, da Fränkel, der in Zittau fast doppelt so viel Stimmen, als sein von den einflussreichsten Männern begünstigter Gegner erhalten hat, 8661 gegen 8989 bekommen hat. Bei der Stichwahl haben fast ein Drittel mehr Wähler sich beteiligt, als bei der ersten Wahl, da die Conservativen diesmal mit dem ganzen Aufgebot für Pfeiffer eintraten. Die „Zittauer Morgenzeitung“ kündigt an, daß gegen die Gültigkeit der Wahl Protest erhoben werden wird, und das Comité der Fortschrittspartei damit beschäftigt ist, zahlreiche und zum Theil ungeheure Unregelmäßigkeiten, Beleidigung von Seiten der Gemeindevorstände u. c. festzustellen. Für die Fortschrittspartei ist die Wahl insfern jedenfalls von Vortheil gewesen, als sie ihre Stärke kennen gelernt hat. Als ein sehr bebauertes Moment des Wahlkampfes ist die Ju den heze zu verzeichnen, die selbst ein so altes liberales Blatt, wie die „Oberlausitzische Dorszeitung“ in Scine zu sehen sich nicht gescheut hat, und das ist geschehen im Vaterlande Lessing's! Am Sonnabend und Sonntag war Fränkel Düncker im Wahlkreis anwesend, um die Wahl Fränkel's zu unterstützen, und die von ihm gehaltene Rede, in welcher die volle Berechtigung der Existenz der Fortschrittspartei schlagend nachgewiesen wurde, wird hoffentlich nicht ohne nachhaltigen Eindruck bleiben. Die „Oberlausitzer Dorszeitung“, die von einer wahren Wuth gegen die Fortschrittpartei ergriffen scheint, versucht zwar mit Schimpferien auf Fr. Düncker seinen Erfolg zu verkleinern, indeß wird ihr durch das Erscheinen eines neuen fortgeschrittenen Organs in dem Industrie-Dreieck Seiffhennersdorf vom 1. Februar ab ein Paroli gebogen werden. — Das Landes-Consistorium hat auf die Remonstration des Chemnitzer Raths die beanstandete Bestätigung des freisinnigen Oberpredigers Dr. Graue nunmehr vollzogen, nachdem es angeblich befriedigende Erklärungen desselben über seine Stellung zum Religionsgelöbnisse erlangt hat. — Der um die Justizgesetze sehr verdiente General-Staatsanwalt Dr. v. Schwarze hat dieser Tage im Dresdener Gewerbevereine einen längeren Vortrag über die Bedeutung der Justizgesetze gehalten, in dem er dem Vorwurf entgegentrat, daß der Reichstag Deutschland in siebenter Hast mit unreisen Gefügen überschüttet habe, und darauf hinweis, daß gerade die Justizfrage vom Bundestage arg vernachlässigt sei. Er betonte besonders, daß sich in den neuen Justizgesetzen viel sächsisches Recht wiederfinde, wenn auch die Durchführung der Schöffengerichte einstweilen vertagt sei. Die Rechtseinheit, die vermehrte Offentlichkeit im Rechtsleben, die Mitwirkung von Laien in kleinen Strafsachen bezeichnete er als die wichtigsten Vorteile der neuen Gesetzgebung, deren Mängel und Fehler mit der Zeit abgestellt werden würden. Schließlich forderte er Alle auf, dafür zu sorgen, daß das Gesetz Achtung und Vertrauen gewinne, da jedes Gesetz lahm bleiben müsse, wenn es im Publikum keine Stütze finde. — Die hocharistokratischen Kreise und die Wucherer Dresdens haben in den letzten Tagen einige unangenehme Vorkommnisse erlebt. Die Concurseröffnung gegen den Erbgrafen von Schönburg, der bei einer Schuldenmasse von 1,800,000 Mark Activa im Betrage von 3000 Mark besaß, nachdem bereits vor drei Jahren ein Arrangement seiner Schulden im Betrage von 1,200,000 Gulden erfolgt war, hat seine Entfernung zur Folge gehabt. Dazu kommt die fleckbrieffliche Verfolgung des Grafen Emerich von Leiningen-Westerburg und die heimliche Entfernung des Grafen Holzendorff, der in Dresden eine Hauptrolle spielte und nachdem er so ehrlich gewesen ist, Alles was er besaß, zur Befriedigung seiner Gläubiger zu verwenden, eine Stelle in einem englischen Bankhaus angenommen hat.

Gotha, 26. Jan. [Wahl.] An der hier stattgehabten engeren Wahl haben sich von 27,811 Wahlberechtigten 20,247, also 73 p.C. beteiligt. Gewählt ist Banksecretair Hopf (nat.-lib.) mit 11,312 Stimmen gegen den Socialdemokraten, Schuhmacher Bock, welcher 8935 St. erhielt. 107 St. waren ungültig.

Hanau, 26. Jan. [Bei der engeren Wahl] zwischen Weigel (nat.-lib.) und Frohme (Socialdem.) erhielt der erstere bis jetzt 10,042, der letztere nur 9443 St. Aus einem Wahlbezirk ist das Wahlergebnis noch nicht bekannt, dasselbe ist jedoch ohne Einfluß auf die als entschieden anzusehende Wahl Weigel's.

Hagen, 26. Jan. [Bei der stattgehabten engeren Wahl] erhielt Richter (Fortschr.) 10,341, Meckel (nat.-lib.) 9444 Stimmen. Die Wahl Richter's ist als gewiß zu betrachten, da das Wahlergebnis nur noch aus 3 kleinen Wahlbezirken fehlt, deren Gesamstimmenzahl an dem Resultate nichts ändert.

Schwed.

Zürich, 23. Januar. [Der neue Handelsvertrag mit Frankreich.] — Die Klage des Herrn Christ-Simmener. — Bundesrat Hammer. — Hoffnungen der Polen. — Leistungsfähigkeit der schweizerischen Eisenbahnen. — Schießvereine. — Schützenfest. — Von der Gotthardbahn. — Die Nordostbahn. — Beträgerei. — Steinkohlenbohr-Gesellschaft. — Finanzielles. — Tessiner Wahlen. — Kirchliches.] In Paris ist jetzt der schweiz. Gesandte Kern nebst seinen industriellen Beratern eifrig bemüht, für den neuen Handelsvertrag mit Frankreich anständige Bedingungen zu erlangen und den Rückfall in das leidige Schatzolzsystem zu verhindern. Der vom Conseil supérieur du commerce ausgebürtete allgemeine Zolltarif bedroht nämlich die fremden Erzeugnisse mit den empfindlichsten Zollerhöhungen, welche zum Theil förmlichem Auschluß gleichkommen. — In Behandlung der Klage des Genfer Auswanderungsagenten Christ-Simmener gegen den Bundesrat auf 10,000 Fr. Schadenersatz, weil dieser vor dem faulen Geschäft gewarnt hatte, erklärte sich das Bundesgericht, entgegen dem Verlangen des Bundesraths, für zuständig, verwies aber den Kläger vorerst an die Bundesversammlung. — Die Weigerung des Bundesraths Hammer, als Zeuge vor dem Berner Gericht zu erscheinen, ist von seinen Collegen vollständig gebilligt worden; das Gesetz sichert ihnen nämlich die Exterritorialität zu. — Die Polen scheinen aus der russisch-türkischen Entwicklung Hoffnungen zu schöpfen; sie haben den Grafen Plater zum Vertreter ihres Vaterlandes bei den fremden Mächten ernannt. — Da man nie wissen kann, was die Zukunft bringt, so hat Oberst Grandjean, Vorsteher der Eisenbahn-Abteilung des Generalstabs, die Leistungsfähigkeit der schweiz. Eisenbahnen erheben lassen. Und siehe, es war alles sehr gut: 27,000 Angestellte und Arbeiter, 480 Lokomotiven, 1492 Personenwagen, 7646

Güterwagen, 2100 Kilometer in Betrieb. — Mit freiwilligen Schießvereinen ist die Schweiz reichlich ausstaffiert. Sie mehren sich jährlich und das vorige Jahr sah ihrer schon 1302 mit 48,073 Mitgliedern, von denen 36,592 die gegen früher verdoppelten Bundesbeiträge mit 91,480 Fr. empfingen. — Das nächste eidg. Schützenfest kommt nach Basel. — Man hofft, daß die bevorstehende internationale Konferenz die Gotthardbahn aus ihrer Finanzkrise herausreiße. Der Tunnel-Unternehmer Favre wird immer schwieriger, da ihm und seinen Hintermännern die Sicherheit nicht mehr genügt will. — Die einst so blühende und vornehme Nordostbahn ist einstweilen auch unter die Aschenbrödel gerathen. Wegen unrentabler Zweigbahnen hat sie Prioritätsaktionen geschaffen und Mill. aufnehmen müssen, so daß die gemeinen Actionäre zu ihrem nicht geringen Schrecken vom Pferd auf den Esel gerathen sind d. h. von 8 auf 3 p.C. Dividende. Der Cours der Actien hat demnach die Höllenfahrt angetreten: einst über 600, jetzt keine 200. Einer der Directoren der Bahn, der Thurgauer Häberlin, benutzte seine Kenntnis, bevor ein „ehrendes“ Publikum etwas ahnte, schlemmigt auf Baisse zu spekuliren und 12,000 Fr. einzufallen. Für solche Unverfrorenheit haben ihn seine Collegen nach Gebühr vor die Thür gesetzt. — Die schweizerische Steinkohlenbohrgesellschaft hat 200,000 Fr. in die Erde gebohrt, ohne Steinkohlen zu finden, und sich jetzt durch Beschluß der Actionäre selbst eingescharrt. — Seit zwei Jahren ist die Entwertung der Actien von 11 schweizerischen Bahnen und Banken auf mehr als 100 Millionen Fr. angestiegen; auch die Obligationen sind stark abgemagert, bei der Gotthardbahn allein um 30 Mill. Fr. — Wie man vermuten konnte, sind die Ultramontanen in den Tessiner Großrathswahlen Meister geblieben, jedoch nicht mehr im früheren Maße. Bei 119 Mitgliedern sollen sie nur 10—15 über die Hälfte haben. Die Städter wählten liberal, die Bauern ultramontan, wie es der Himmel und seine Pfaffen haben wollten. — Die liberalen Katholiken der Stadt St. Gallen haben dem Bischof Herzog in einer Abrede ihre Sympathie ausgedrückt; es scheint im Werke, daß dort eine altkatholische Gemeinde ersteht. Der gute Plan, die reformirten und katholischen Schulen zu vermischen, ist einstweilen von der reformirten Schulgemeinde aus finanziellen Gründen zurückgestellt worden. — Die katholische Gemeinde Ullschwil, Baselland, hat sich bei der Neuwahl mit guter Manier ihres ultramontanen Pfarrers entledigt. — Eine Nonne im Freiburgischen Kloster Montorges sandt nach 20 Jahren, daß sie nun lange genug Himmelsbraut gewesen, und wünschte es wieder mit der Welt zu probiren. Beichtvater und selbst der Bischof mühten sich vergeblich ab, ihr diesen commentwidrigen Gedanken auszureden. Sie brach aus, traf aber im elterlichen Hause auf saure Gesichter. — Pfarrer Chappuis in Fulenbach, Canton Solothurn, mag auch mit Falstaff denken: „Ich wollt', es wäre Schlafenszeit und alles aus!“ Er ist wegen Unzucht in Strafanwendung genommen worden. — Die fromme Basler Missionsgesellschaft hat v. J. wieder ihre 900,000 Fr. genossen, um die Heiden in getaufte Heiden zu verwandeln. Dem „christlichen Volksboten“ flossen über 70,000 Francs Liebesgaben für verschiedene Zwecke zu. — Der frühere Aargauische Regierungsrath v. Hallwyl, einer der Leitern des einst so berühmten und mächtigen Dynastengeschlechts, ist in Concurs verfallen. Sic transit gloria mundi!

Frankreich.

○ Paris, 24. Januar, Abends. [Ministerwechsel.] — Zur Wahl des Präsidenten der Budgetcommission. — Die Beerdigung des Deputirten Lambert. — Vom Cassationshofe. — Zur Weltausstellung. — Eisenbahnunfall.] Man versichert in den politischen Kreisen, daß im gestrigen Ministerwahl aus Anlaß der orientalischen Angelegenheiten ein heftiger Wortwechsel zwischen dem Minister des Äußern und dem Conseilspräsidenten stattgefunden habe. Der Duc Decazes, heißt es, würde in Folge davon seine Entlassung einreichen und durch Jules Simon, dieser im Ministerium des Innern durch Bardour ersezt werden. In Betreff der Wahl eines Präsidenten der Budgetcommission dauert die Unsicherheit fort. Nachdem Germain den Eintritt in die Commission überhaupt abgelehnt hat, ist Cochet der Regierung-Candidat für den Präsidentenposten. — Zu dem Civilbegäbnis des Deputirten Alexis Lamberty, hatte sich heute eine große Anzahl von Mitgliedern beider Kammern eingefunden. Am Grabe wurden mehrere Reden gehalten, u. a. von H. Brissot im Namen der republikanischen Union, welcher Gruppe der Verstorbenen angehörte. Die militärische Begleitung war, obwohl jeder Volksvertreter auf ein Ehrenpiquez Anspruch hat, nicht erschienen, unter dem Vorwande, daß Lambert nicht in Versailles gestorben sei. — Der Cassationshof hat die Verkündigung des Urteils in der Angelegenheit der gemischten Commissionen um acht Tage, bis auf nächsten Donnerstag, verschoben. — Der Commissar der englischen Abtheilung bei der Weltausstellung von 1878, das Parlamentsmitglied Cunliffe-Owen ist hier angekommen und heute Morgen von dem Generaldirektor Franz empfangen worden. — Auf einer Nebenstrecke der Nordbahn, bei der Station Beuvray, ist heute ein Passagierzug entgleist. Sechs Personen wurden schwer verwundet.

○ Paris, 25. Jan. [Zur Wahl der Budgetcommission.] — Zur Begründung der Wahl. — Die Wahl in Vaucouleurs. — Die Auslieferung von Priestern. — Zur orientalischen Frage.] Trotz aller Bemühungen der Unterhändler ist die Vereinigung zwischen den drei Gruppen der Linken nicht gelungen. Man hat keine gemeinsame Candidatenliste für die heutige Wahl der Budgetcommission aufgestellt, und in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung erklärte die äußerste Linke, am besten sei es, die Ernennung der Commissionsmitglieder der freien Wahl der elf Abtheilungen anheimzugeben. Im linken Centrum und der gemäßigten Linken hätte man ein anderes Verfahren gewünscht; es heißt, diese beiden Gruppen hätten Gambetta den Vorschlag gemacht, ihn durch ihre Vertreter zum Präsidenten der Budget-Commission wählen zu lassen, wenn er seine Partei dahin bringe, daß sie die Aufstellung einer Candidatenliste annähme, zu welcher jede der drei republikanischen Gruppen 11 Namen liefern sollte. Natürlich wäre aber dadurch die äußerste Linke sofort in der Commission zur Minderheit geworden und Gambetta könnte wenig Wert darauf legen, in einer Versammlung, deren Mehrheit in den Budgetangelegenheiten nicht seiner Meinung wäre, zu präsidieren. Die Wahl verzögert unter diesen Umständen interessant zu werden, und ihr Ausgang wird mit Spannung erwartet. In der erwähnten Zusammenkunft der äußersten Linken führte der neue Präsident dieser Fraktion, Laussat, zum ersten Male den Vorsitz. Er übernahm seine Funktionen mit einer Rede, welche den Zweck hatte, den üblichen Eindruck der augenblicklich in der republikanischen Partei bestehenden Spaltung zu mildern. „Wir haben uns bemüht, sagte er unter Anderem, das Einverständnis und die Eintracht nicht nur unter uns, sondern auch mit den anderen republikanischen Gruppen der Kammer festzuhalten. So hat sich die Majorität von 350 republikanischen Deputirten bei allen wichtigen Veranlassungen wiedergefunden... Diese Einmütigkeit wird sich nicht verleugnen; wir werden die Berechnungen unserer Gegner zu vereiteln wissen. Die Erfahrung der Vergangenheit erlaubt uns, die Art und den Zweck der reactionären Manöver besser zu würdigen. Diese Manöver nehmen alle For-

men an. Den groben Herausforderungen muß man die Verachtung entgegenstellen, aber es ist wichtig, die geheimen Intrigen zu überwachen und zu demaskiren und die Verleumdungen Lügen zu strafen. Seien wir also wachsam, vorsichtig und geduldig, wenn es Notth thut, aber seien wir fest; verharren wir in dem Geiste der Versöhnung, aber einer Versöhnung, die uns nicht der Gefahr aussetzt, hinter's Licht geführt zu werden.“ Diese Rede wurde mit Beifall aufgenommen. — Offiziell wird gemelbet, daß Jules Simon und seine Collegen sich definitiv weigern, die in contumaciam verurtheilten Thelthnehmer des Aufstandes von 1871 der Begnadigungsmäßregeln theilhaftig zu machen. Es bleibt nur abzuwarten, ob nicht die Gambetta-Partei es versuchen wird, in der Kammer ihre Forderung zur Geltung zu bringen. Einem solchen Versuche ließe sich freilich nicht der geringste Erfolg versprechen, wenn auch die Mehrheit der Kammer ihn unterstützte, würde jedenfalls der Senat ihn vereiteln. — Die Republikaner im Departement Bacluse haben endlich bestimmt ihren Candidaten für die am 11. Februar bevorstehende Deputiertenwahl bezeichnet. Dieser Candidat ist, wie es sich vermuthen ließ, G. Raipail, der bekanntlich der gemäßigten Partei angehört. Er wird von der Gambetta-schen „Republique“ unterstützt. Man lobt das Verhalten des neuen Präfekten im Departement Bacluse, da Brancion, welcher allen Beamten die strengste Neutralität bei den Wahlversammlungen aufgeboten hat. — Seit 14 Tagen ist die französische Regierung zweimal in der Lage gewesen, die Auslieferung von Priestern, die in belgischen Klöstern eine Zufluchtsstätte gefunden hatten, fordern zu müssen. Der erste dieser Priester heißt Horry; er war bei den Trappisten von Forges vorstellt. Der zweite, ein gewisser Jacques Lorin, der wegen zahlreichen scandalösen Vergehen gegen die Sittlichkeit zu 20 Jahren Zuchthaus verurtheilt war, ist in Chimay verhaftet worden. Ohne Zweifel fehlt es auch in den französischen Klöstern nicht an belgischen Flüchtlingen, welche dort ruhig die Verjährung ihrer Verbrechen abwarten. Hat man doch erst jüngst gesehen, daß ein belgischer Priester, der sich eines schändlichen Attentats auf mehrere Kinder schuldig gemacht hatte, nach dem Eintritt der Verjährung ruhig das französische Kloster, in dem er sich aufgehalten, verließ, um in seine Heimat zurückzukehren, wo er zur Entschädigung für die ausgestandenen Leiden vom Bischof von Mecheln zum Pfarrer gemacht wurde. — Dem „Dritto“ wird aus Konstantinopel telegraphiert, daß die ottomanische Regierung, um den Mächten ein Pfand ihrer verbindlichen Absichten zu geben, von Frankreich zehn Offiziere für die Organisation der Gendarmerie in den Provinzen verlangt hat; es stehe zu hoffen, daß sie eine ähnliche Aufforderung an andere Mächte richten werde. Außerdem habe die Pforte von England und Frankreich die Sendung je eines Finanz-Inspectors verlangt, der sie in der finanziellen Reform unterstützen könne. Die „Débâts“ bringen heute auch den Text sämlicher Reden, worin die europäischen Bevollmächtigten den Abbruch der Konferenz für den Fall, daß die Pforte nicht in ihre Forderungen willige, ankündigen. Die meisten sind sehr kurz und kategorisch; einen Versuch der Überredung hat nur der französische Vertreter de Chaudordy gemacht.

Spanien.

Madrid, 14. Jan. [Zum Ministerwechsel] schreibt man der „R. 3.“: Heute hat endlich Manuel Silvela durch Annahme des Portefeuilles der auswärtigen Angelegenheiten allen Commentaren ein Ende gemacht. Noch im letzten Augenblick war seine Ernennung dadurch zweifelhaft geworden, daß Calderon Collantes sich gegenüber einigen Abgeordneten geäußert hatte, er beseide seinen Nachfolger nicht um die Erbherrschaft, die er ihm zurücklässe. Es lag darin eine Anspruchung auf die Schwierigkeiten, welche durch die Maßnahmen der Behörden auf den Philippinen gegen deutsche und englische Schiffe mit dem Deutschen Reich und Großbritannien auszubrechen drohten. Da die Neuverträge des bisherigen Leiters der auswärtigen Angelegenheiten Spaniens nun zufällig mit dem Gerüchte zusammenfielen, wonach die beiden interessirten Mächte Kriegsschiffe nach der Küste von Cuba senden wollten, so wurde Silvela stutzig. Canovas wußte in dessen alle seine Bedenken geschickt zu beseitigen und sein Cabinet genau so zusammenzusetzen, wie er es schon vor einem Monat geplant hatte. Der Eintritt Silvela's bedeutet durchaus kein Einlenken in liberalere Bahnen, wenn schon die Vergangenheit dieses bedeutenden Staatsmannes leicht Anlaß zu einer solchen Annahme geben könnte. Silvela gehört zu jenen abtrünnigen Constitutionellen der Fraktion Santa Cruz, welche die Auslegung des Artikels 11 der Verfassung Seitens der Regierung guthießen und sich deswegens von Alonso Martínez in der zweiten Versammlung der Cortes trennten. Er ist dem Minister-Präsidenten durchaus ergeben und wird dessen Politik nach allen Richtungen hin mit unzweifelhafter Geschicklichkeit verteidigen. Einem Theile des diplomatischen Corps dürfte er infosomr willkommen sein, als sein ganzes Wesen einnehmend und seine gesellschaftlichen Formen gar bald den üblichen Eindruck des bei seinem Vorgänger an der Tagesordnung gewesenen Tones verschaffen werden. Die Verhandlungen werden fortan einen andern Charakter tragen und der bekannte Hang des Herrn Canovas zur Nachgiebigkeit dürfte schwerlich durch Hartnäckigkeit des neuen Ministers so oft, wie bisher, auf die Probe gestellt werden. In Regierungskreisen wird gar kein Hehl daraus gemacht, daß die kleine Veränderung im Cabinet ein Zugeständnis an Deutschland und England ist, aber auch die benachbarte Republik muß sich mit derselben zufrieden geben, denn Silvela ist seit geraumer Zeit Rechtsanwalt der hiesigen französischen Botschaft. Der Gouverneur von Madrid ist dagegen durch dieses neueste Ereignis tief gekränkt worden. Bei allen Umgestaltungen des Ministeriums ist sein Name in erster Linie für irgend ein Portefeuille angesehen worden, aber nicht nur ist er dem ersehnten Ziele nicht näher gerückt, sondern er hat auch Ursache, sich über den Minister-Präsidenten zu beklagen, der ihn neulich im Congres im Stich ließ, als ein Mitglied der Minderheit ein Tadelvotum gegen die Handhabung der Geschäftsordnung Seitens des Vice-Präsidenten einbrachte. Herr José Eguavea wird also wohl auch bald um seine Entlassung einkommen und sich mit dem ehemaligen Unter-Staatssekretär Barca über die Undankbarkeit des Minister-Präsidenten beklagen. Der ebenfalls von verschiedenen Seiten angezeigte Rücktritt des Finanzministers Barzanallana scheint zweifelhaft.

[Die Aufstellung der Listen zu den Gemeinderathswahlen] hat zu allerlei Ungeschicklichkeiten Anlaß gegeben, wie das ja Landesbrauch ist. An einem Drie wehte der Wind die Papiere weg, auf denen die Namen der Wähler angeblich stehen sollten; an einem andern wurde das Gas des Nachts nicht angezündet, damit die Leute nur während der Arbeitsstunden am hellen lichten Tage erfahren könnten, ob sie wahlberechtigt seien; an einem dritten bestanden gar drei Viertel der eingeschriebenen Wähler aus längst in ein besseres Tenseits Heimgegangenen u. dgl. m. Die Zeitungen wissen ganze Spalten über alle diese Vorgänge zu füllen, als wenn so etwas nie dagewesen wäre, während es doch notorisch bei jeder Wahl genau ebenso zugeht.

Afrika.

Kimberley, in den südafrikanischen Olamantfeldern, 5. Decbr. [Zur Lage.] Der „Kölner Ztg.“ wird geschrieben: Die sich drängenden Ereignisse in der Transvaal-Republik müssen in kurzer Zeit zu

einer Katastrophe führen. Capitän Schlickmann, ein Neffe des Feldmarschalls Mantoux, der heldenmütige Anführer der zur Niederwerfung des Kafferaufstandes unter Sekukuni aufgerufenen Frei-kaaren, hat am 17. v. M., früh 8 Uhr, bei einem Angriff auf einen der vielen befestigten Schlupfwinkel Sekukuni's den Helden Tod gefunden. Treu seinem Wort, für das Wohl des Freistaates und zum Schutz der meist deutschen Bewohner dieses herrlichen und doch so unglichen Landes bis zum leichten Hauch zu fechten und zu sterben, leitete er selbst den Angriff, den Degen in der Faust, seinen Leuten voran stürmend, bis ihn die tödliche Kugel eines Kassern zu Boden streckte. Durch Unterleib und Rückgrad tödlich getroffen, schwang er noch den Degen und rief: „Kameraden, vorwärts; treu dem Präsidenten und meinen Landsleuten!“ Eine Stunde später hauchte er trog sorgfältiger Pflege des Arztes seine Seele aus. Der Tod dieses Mannes konnte nicht verfehlten, einen trüben Schatten über das ganze Land zu werfen. Es war der eigentliche Mittelpunkt derjenigen bessergestimmten Partei, die sich die Aufrechterhaltung der Republik unter allen Umständen zur Aufgabe gestellt hatte, mit anderen Worten, die keine Einverleibung in den englischen Colonialverband haben wollte. Die Transvaal-Republik ist indessen ein gar zu leichter Bissen, und ich fürchte, daß alles Widerstreben der deutschen Mehrzahl der Einwohner nichts nutzen wird und daß wir uns in kürzester Zeit als britische Unterthanen zu betrachten haben werden, weil uns der Schutz gerade des Reiches fehlt, dessen Händen wir nur zu gern die Leitung und Ausbeute dieses so wunderbar schönen und entschieden an Mineralien reichsten Landes von Südafrika überlassen haben würden — des Deutschen Reiches. Während in Deutschland die ungeheure Aufmerksamkeit dem Orient zugewandt bleibt, vollzieht hier Englands kluge Handelspolitik in aller Stille einen neuen Ländererwerb, dessen Tragweite im Augenblick noch nicht abzusehen ist.

Provinzial - Zeitung.

— d. Breslau, 26. Januar. [Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt] Die Versammlung am 25. Januar eröffnete Kaufmann Sähig mit Mitteilung über Besetzung der Vorstandämter. Es sind gewählt: Kaufmann Sähig zum Vorsitzenden, Mechanitus Thomas zum Stellvertreter, Herr Springer zum Schatzmeister, Herr Peuckert zum Stellvertreter, Lehrer Arit zum Schriftführer und Oberamtmann Kühner zum Stellvertreter. Nach dem Jahresbericht haben im vergangenen Jahre neun öffentliche Versammlungen und sieben Vorstandssitzungen stattgefunden. — In Sachen des Einwohner-Meldeamts hatte der Verein an das Polizei-Präsidium eine Eingabe gerichtet. Das vor uns bereits mitgetheilte Antwortschreiben wurde zur Kenntnis gebracht. — Auf ein an die Königliche Regierung gerichtetes Gesuch um Vermehrung der Polizeiträkte in der Ohlauer Vorstadt antwortet das Polizei-Präsidium, welches das Schreiben von der Regierung übermittelt war, daß die Vermehrung der Polizeiträkte in der Ohlauer Vorstadt zur Zeit wegen Mangels verfügbarer Beamten unthunlich und im Hinblick auf das in anderen Bezirken zur Vermehrung kommende Polizei-Personal auch kaum erforderlich sei. Auf eine Anfrage des Mechanitus Thomas wird beschlossen, bei den übrigen Bezirksvereinen eine Petition wegen Vermehrung der Polizeimannschaften in ganz Breslau anzuregen. — Professor Dr. Gschiedl hielt hierauf einen interessanten, durch mannißche Experimente erläuterten Vortrag über die Luft im Erdbooden. Redner hat das Thema darum gewählt, weil in nächster Zeit wahrscheinlich Seitens der Stadt Unterforschungen werden angeordnet werden müssen über die Beschaffenheit und den Wechsel der Luft im Boden, in ähnlicher Weise, wie jetzt bereits Untersuchungen über das Grundwasser vorgenommen werden. In den Böden des Erdobodens über dem Grundwasser befindet sich Lufts, die sich natürlich mit dem Steigen und Fallen des Grundwassers auch hebt und senkt. Dieser Boden enthält z. B., wie Pettenkofer 1873 nachgewiesen hat, 39% Lufts. Diese Lufts ist in beständigem Wechsel begriffen, welcher sich theils von selbst vollzieht, theils durch die Temperatur und durch Bewegungen, also durch den Wind, beeinflußt wird. Die Lufts im Erdbooden ist bei verschiedenen Bodenarten auch von verschiedener Beschaffenheit und hat großen Einfluß auf die Bewegung im Boden, befürchtet organischer Stoffe, welches wiederum den Kohlenstoffgehalt der Luft beeinflussen. Die im Erdbooden befindliche Luft hat im Allgemeinen einen größeren Gehalt an Kohlensäure als die über dem Boden befindliche. Dem Redner wird für seinen belesernden Vortrag der Dank der Versammlung ausgesprochen. — Der hierauf erstattete Kassenbericht ergab in Einnahme 263 Mt. 10 Pf., in Aussgabe 289 Mt. 69 Pf. Dem Kassirer, Hausbesitzer Karlowsky, wurde Decharge ertheilt. — Einige Fragen gaben indeß Anlaß zu einer längeren Debatte über die Canalisation, wobei der Vorschlag aufstand, die Canalisation abzubrechen, da sie die städtischen Finanzen zu sehr in Anspruch nehme. Die Herren Lilienfeld und Stadtoberförster Beblo warnten unter Hinweis auf die Zwecklosigkeit vor einer diesbezüglichen Resolution. — Eine Frage bezüglich der Berechnung der Anschläge für die neue Gas-Anstalt mit 51,000 Mt. beantwortete Stadtoberförster Beblo dahin, daß dabei nicht allein Zeichnungen und Pläne, sondern auch die Bauleitung mit berechnet sei. Bedauernswert bleibt es immerhin, daß vor Anfertigung der Anschläge kein Abkommen über den Preis getroffen worden sei.

R. Breslau, 26. Januar. [Den zweiten der Donnerstagssvorträge] im evangel. Vereinshause hielt am 25. Januar Herr Consistorialrat Lange über den Brief an Diogenes. Diese älteste Vertheidigungsschrift des Christenthums, ungefähr aus dem Jahre 130 n. Christi, geschrieben von einem unbekannten Verfasser an einen hochstehenden Heiden, schildert zunächst die Gedrängnis der Christen, die dem Drude der Weltmacht, dem Spott der Gebildeten, den Verfolgungen des Pöbels preisgegeben waren. Der Verfasser weiß die Thorheit der Heiden bei Auferstehung, Ablistung und Aufbewahrung der Göttbilder nach, schildert das abergläubische Judentum seiner Zeit, das glaubt, Gott bedürfe seiner Opfer, und geht, mit Ausschaffung aller dogmatischen Fragen auf den Beweis der Götterlichkeit des Christenthums aus dem Wandel seiner Bekennner über, die die Seele der Welt seien, in der Welt, nicht von der Welt. Ob der Sohn Gottes kommen könnte, mußte das Heidentum erst banferott werden, und was er brachte, waren weniger neue Wahrheiten, als eine geschichtliche That der unaussprechlichen Liebe Gottes, die wir durch kindliches Vertrauen und Nachfolge in seiner Liebe zu erwirken haben. Sie ist der Schlüssel zum Verständnis der wunderbaren Weltregierung, rechter Wandel in der Liebe und rechtes Erkennen sind unzertrennlich. Der Schluss enthält eine Hinweisung auf das nahe Osterfest.

— d. Breslau, 26. Januar. [Schlesischer Centralverein zu Schutz der Thiere] In der Sitzung vom 25. d. M. gelangte zur Mittheilung, daß die Fahrstraße nach dem Oderthor-Güterbahnhof sich in unpassierbarem Zustande befindet. Beschlossen wurde, die Direction genannter Bahn anzugehen, dem gerügten Nebelstande abzuholzen. Das Polizei-Präsidium zeigt an, daß nachstehende Schuhleute, welche sich im Interesse des Tierduches verdient gemacht haben, aus dem hierfür bestimmten Fonds Brämen erhalten haben: Schuhmann Gallasch 10 M., die Schuhleute Riemann, Beckey, Sikora und Weiß je 3 Mark. Dem Vorstande, speziell dem Vorsitzenden, sowie den Redaktionen biefiger Zeitungen, welche durch freundliche Aufnahme der Referate die Bestrebungen des Vereins unterstützen, spricht die Versammlung durch Erheben von den Plänen ihres Danfs aus. Das Resultat der inzwischen vorgenommenen Neuwohl des Vorstandes ist folgendes. Es wurden gewählt: der königl. Departements-Direktor Dr. Ulrich zum Vorsitzenden, Rechnungs-Rath und Hauptmann a. D. Jänicke zum Stellvertreter, Biansforte-Fabrik Wels zum Prototypführer, Spediteur Lucas zum Rendanten, Inspector Amann zum corresp. Secretär; ferner zu Beisitzern die Herren: Zimmermeister Glinicki, General-Agent von Klinkowström, Köhler, Provinzmeister Giese, Hauptmann Theurich, Hütten-Director v. Ollendorff, Kaufmann Saar, Regierungs-Secretär Warzecha, Kaufmann Fornier, Kaufmann Ullrich, Freiherr von Rothkirch, Auctions-Commissarius Häusfelder, Kaufmann Th. Müller, Ober-Post-Secretär Pelz und Instituts-Vorsteher Wiederlich.

— Löwenberg, 26. Januar. [Stichwahl] Nach nunmehr zuverlässigen Nachrichten hat Justizrat Michaelis bei der am 23. d. M. stattgefundenen Stichwahl 7800 und Gutsbesitzer Rennert 3000 Stimmen erhalten. Dithin ist die ultramontane Partei glänzend geschlagen.

t. Landeshut, 26. Jan. [Stichwahl] So weit bis jetzt bekannt, erhielt bei der heutigen Stichwahl in Landeshut Gneist 440, Stolberg 285;

in Löben ersterer 186, Stolberg 124; in Schönberg Gneist 35, Stolberg 140; in Voigtsdorf bei Schönberg Gneist 2, Stolberg 81; in Vogelsdorf Gneist 42, Stolberg 56; in Kreisendorf Gneist 31, Stolberg 60 Stimmen.

— Bernstadt, 26. Januar. [Wahlresultat] Bei der heute stattgefundenen Stichwahl zwischen v. Kardorff-Wabnitz und Ahmann-Klein-Zöllnig sind hierorts für Ersteren 467 gegen 310 vom 10. d. M., und für Letzteren 27 gegen 14 vom 10. d. M., im Ganzen also 459 gegen 335 vom 10. d. M. abgegeben worden. In Vorstadt Bernstadt erhielt v. Kardorff 78, Ahmann 1 Stimme. In Langenfeld sollen, wie verlautet, sämmtliche, nämlich gegen 70 Stimmen für v. Kardorff lauten.

— ch. = Oppeln, 26. Jan. [Ernennung] Se. Majestät der König haben dem Landrat des Kreises Košel, Herrn Gimml auf Krzanowitz, den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen geruht.

— ch. = Oppeln, 26. Jan. [Rinderpest] Die Desinfektion in den von der Rinderpest heimgesuchten Ortschaften des Regierungs-Bezirks Oppeln ist nunmehr vollständig beendet und in Folge dessen gestern die absolute Sperr der Domänen gehöre zu Carolinenhof und Klotzschau, sowie heute die des Domänengehörs zu Kaltmässig aufgehoben worden. Die zur Sperr verwendet gewesenen Truppen, sowie die mit der Desinfektion der betreffenden Gehöfe und Ortsteilen beschäftigt gewesenen Veterinärs sind urtheilserklärt. Falls sich bis zum 27. d. M. in dem Kalivobaschen Gehöft zu Rothberg keine verdächtigen Erscheinungen zeigen sollten, kann demnächst der ganze Regierungsbezirk für sauber erklärt werden. Selbstverständlich bleibt die Landesgrenzsperr bis auf Weiteres und voraussichtlich noch geraume Zeit bestehen.

— Tarnowitz, 25. Januar. [Grenzsperr.] Das heutige Kreisblatt publicirt die Verordnung der Königlichen Regierung, die Grenzsperr befreit, wonach fortan die Ein- und Durchfuhr von Vieh aller Art, mit Ausnahme der Pferde und Maulthiere, von aller Art von Wiederkäfern stammenden tierischen Theilen, von Dünge, Rauchfutter &c. über die Grenze verboten ist. Personen, deren Beschäftigung eine Verführung mit Vieh mit sich bringt, dürfen die Grenze überhaupt nicht überschreiten; ausgeschlossen hierauf bleiben die Pferdehändler, welche die diesseitige Grenze indes nur an den bestimmten Übergängen (im Kreise Tarnowitz Niessara-Ostrohna) und zwar nur dann passiren dürfen, nachdem sich dieselben einer Desinfektion unterworfen haben. — Am 22. d. M. trafen hier mit dem letzten Breslauer Zug Mannschaften des 51. Infanterie-Regiments zur Absperrung der Grenze ein und marschierten am nächsten Morgen nach Neudek ab, um von da aus in die bestimmten Cottontownen verheilt zu werden. Vor gestern passirte auch ein Commando vom 2. Schlesischen Husaren-Regiment zum gleichen Zwecke gen Neudek marschirend, Tarnowitz.

— Gleiwitz, 23. Jan. [Standesamt. — Polizeiliches] Bei dem heutigen Standesamt wurden im Jahre 1876 angemeldet: 512 Geburten, darunter 51 unechle, und zwar 280 männliche und 232 weibliche. Geschlechtungen fanden statt 124. Todesfälle kamen 392 vor — 212 männliche, 180 weibliche. — Im Laufe des Jahres 1876 sind hierorts 158 Personen wegen Diebstahls, 266 Grebedienten und Trunkenbolde, 589 Bettler, Landstreicher und Obdachlose, in Summa 1013 Personen zur Haft gebracht und wegen Schulversäumnis 1576, wegen Verübung groben Unfugs 42, wegen Uebertretung des Droßeln-Reglements 94, wegen unterlassener Reinigung der Trottoirs 135, wegen Uebertretungen in Beziehung auf die persönliche Sicherheit und das Vermögen 144, wegen Bettelns 9, wegen Uebertretung der Straßenordnung 92, wegen Nichtbefolgung der Zwangsplätze 6, wegen Uebertretung der Feldpolizei-Ordnung 21, wegen Uebertretung der Gefindordnung 8, wegen unterlassener An- und Abmeldung des Gefindes 63, wegen Uebertretung der Wehrordnung 3, wegen Gebrauchs ungewichtiger Maße und Gewichte 5, wegen Uebertretung der Gewerbeordnung 2, wegen unterlassener Abräumens der Bäume 9, wegen Uebertretungen in Beziehung auf die öffentliche Ordnung 108, wegen Uebertretung der Hund 123, wegen Nichtanbringung der vorgeschriebenen Wagentafeln an Lastfuhrwerken 47, wegen unterlassener Desinfektion der Gebüste 33, wegen Uebertretung der Wochenmarktfordnung 6, wegen Badens an unerlaubten Stellen 4, wegen Uebertretung der Polizei-Verordnung, betreffend das Leichenfuhrwesen 2, wegen Uebertretung des Impfgesetzes 17, wegen Thierquälerei 1, wegen Verhinderung des Verkehrs auf den Bürgersteigen 2, wegen Uebertretung des Gesetzes bet. die Beurlaubung des Personenstandes 1, und wegen Uebertretung der Verordnung, betreffend die Einführung der obligatorischen Fleischschau 5, in Summa 2568 Strafmandate erlassen worden.

Berlin, 25. Jan. [Versicherungs-Gesellschaften] (Der Cours versteht sich in Mark per Stück franco Zinsen, die Dividendenangaben in Prozenten des Baareinzugs.)

Name der Gesellschaft.	1875	Appoint à	Gesetz	Cours.
	Fr.	H.		
Nachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	65	—	1000 Pf.	20% 8210 G. incl.
Nachen-Rüdersdorff-Vers.-Gef.	45	400	"	1800 G.
Berl. Land- u. Wassertransp.-B.-G.	25	500	"	690 G.
Berl. Feuer-Versch.-Instalt	30	1000	"	1875 G.
Berl. Hagel-Accuranz-Ges.	16½	22½	1000	"
Berl. Lebens-Versch.-Gef.	24½	—	1000	"
Colonia, Feuer-Versch.-G. zu Köln	55	—	1000	"
Concordia, Lebens-V.-G. zu Berlin	16	—	1000	"

